

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

4.9.1866 (No. 210)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 4. September.

N. 210.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, wofür auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf den Monat September der Karlsruher Zeitung.

Deutschland.

Karlsruhe, 3. Sept. Seine königliche Hoheit der Großherzog ist heute von Schloss Eberstein wieder zurückgekehrt. Ihre Majestät die Königin Augusta von Preußen wird morgen den 4. Sept. zum Besuch der Großherzoglichen Familie auf Schloss Eberstein eintreffen; Höchstselbe wird einige Tage daselbst verweilen und sich sodann zur Fortsetzung der Kur nach Baden begeben. Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin werden nach dem Besuch der Königin einen längeren Aufenthalt auf der Insel Mainau nehmen und gedenken gegen Ende dieser Woche mit den Großherzoglichen Kindern dorthin abzugehen.

Karlsruhe, 3. Sept. Den im Lauf dieses Sommers im mittlern und untern Theile unseres Landes stattgehabten Eröffnungen neuer Bahnlinien wird nun, und zwar am 6. d. des Mts., im obern Landestheile die Linie Singen - Engen folgen. Obwohl von geringer Erstreckung — ihre Länge beträgt nur 2 Meilen — ist sie doch von Bedeutung sowohl für den einer schönen Entwicklung fähigen Lokalverkehr und als Ziel der Touristen, welche das romantische Höhgau besuchen, als auch in ihrer Eigenschaft als erste Strecke der größten Linie Singen-Billingen, welche sich in die künftige Königsbahn und Schwarzwaldbahn Kaufhaus-Billingen mit ihren Fortsetzungen nach Württemberg anschließt. Die Haltestationen, von Singen ausgehend, sind: Schlatt unter Krähen, Mähshausen, Welfingen, Engen. Um für diese Zweiglinie einigermaßen passende Anschlüsse an die Züge der Hauptbahn zu erhalten, werden zunächst fünf Züge in beiden Richtungen täglich zwischen Singen und Engen geführt werden.

München, 31. Aug. Verhandlungen der Abgeordneten-Kammer, die Erklärung der Kriegsentziehung betreffend. (Schluß.)

Abg. Prof. Dr. Edel gegen den Vorh. Antrag. In einem Augenblick, wo wir mit einem schweren Krieg überzogen wurden, wo die Wunden noch bluten, wo der Feind noch im Lande ist, in diesem Augenblick wiederzusehen, eine blutende Bruderhand aufzusuchen. Er wolle keine Idealpolitik für eine unbestimmte Zukunft treiben. Wir haben uns Jahre lang mit idealen Bestrebungen befaßt; was ist daraus geworden? Die Einheit hat einen großen Schritt vorwärts gethan, aber auf einem Wege, den wir Alle nicht gewollt haben. Mit aller Wahrscheinlichkeit wird sie auf diesem Wege ihr Ziel weiter verfolgen, das preussische Volk bei jeglichem Verhältnis nicht stehen bleiben wollen; Alles klammert sich an den Wagen des Siegers; auch die Demokratie in Preußen ist geschlagen worden. Wir wollen daher erst zusehen, wie die Sache heranwächst; die deutschen Stämme, die jetzt „Preußen zweiter Klasse“ sind, werden zu „Preußen erster Klasse“ avanciren wollen. Wir wünschen Alle ein einheitliches Deutschland; das Schicksal Deutschlands liegt aber jetzt in einer andern Hand, für die der Volkswunsch ein dringender Grund ist, das Gegenstück zu thun. Man weiß, daß Preußen sich dem Auslande gegenüber engagirt hat, die Mainlinie nicht zu überschreiten; wir müssen also geduldig abwarten, bis Preußen seines Frankreich gegenüber gegebenen Wortes sich entledigt hat. Nicht ist nicht Anderes möglich, als ein föderatives Verhältnis zwischen Süds- und Norddeutschland anzubahnen; wir müssen sehen, welches Schicksal Sachsen erwartet; das können wir als Vorläufer für Bayern betrachten. Ein Angriff auf die Integrität Deutschlands wird uns auf die Seite Deutschlands führen müssen. Jetzt sei es unpraktisch, für eine ungewisse Zukunft zu schwärmen; wir müssen in der gegenwärtigen Krise nach einem System der Freiheit streben, auf eine föderative Grundlage wie die Schweiz.

Abg. Engelhardt erhebt sich gegen den Antrag der Abg. Barth und Bött, hinter denen in diesem Augenblicke das bayerische Volk nicht stehe. Man soll die Auffassung der Kammer veranlassen, dann werde man sehen, ob die 43 Antragsteller in der neu zu wählenden Kammer wieder erscheinen werden. Der niederbayerische Abgeordnete Föcker rechtfertigt seine Mitunterzeichnung des Barth'schen Antrags damit, daß auch in Niederbayern Viele die darin ausgesprochene Anschauung theilen.

Minister Febr. v. d. Pfordten äußert sich über die beiden Anträge. Was den ersten über die politische Frage betrifft, so wiederholt er seine schon im Ausschuss gemachte Erklärung, daß die Regierung die zukünftige Gestaltung Deutschlands noch viel zu unklar und dunkel erachte, um ihren Standpunkt schon jetzt bezeichnen zu können. Der Gehante, Oesterreich aus Deutschland hinauszudrängen und einen nord- und süddeutschen Bund zu gründen, ist nicht in der bayerischen Regierung entstanden; wir haben denselben als etwas Feststehendes und Unabänderliches annehmen müssen; Niemand wird behaupten, daß wir dies hätten vermeiden können. Außer diesem Gedanken liegt aber gar nichts Sichereres vor, als die in Süddeutschland vorhandene geringe Neigung, einen süddeutschen Bund zu gründen. Es wäre möglich, daß die Umstände sich so gestalten, daß wir, und zwar mit Zustimmung der Kammer, auf diesen Gedanken zurückkommen, da es ohne diese Zustimmung nicht möglich wäre, Bayern in den süddeutschen Bund eintreten zu lassen, eben so wenig wie in den Norddeutschen Bund. Welche Gestalt der Norddeutsche Bund annehmen wird, darüber habe ich noch gar keine Meinung, und selbst in Norddeutschland dürfte dies der Fall sein. Praktisch scheint nur das zu warten zu sein. Ich möchte es nicht übernehmen, irgendwelche feste Meinung

auszusprechen, ob und in welcher Weise das von Oesterreich losgetrennte Deutschland sich zusammenhalten wird. Rechnen wir daher einen festen Boden, auf dem wir stehen und von welchem aus alle unsere Handlungen geleitet werden müssen; von diesem aus werden wir an der Gestaltung der Zukunft mit berechtigt und verpflichtet sein. Die nationale Zusammengehörigkeit, die Verteidigung deutscher Interessen, das sind diejenigen Punkte, in denen Alle übereinstimmen, und hierin stimmt auch die Regierung ein; nur müsse sie sich jetzt verhalten, ob einem der gestellten Anträge werde praktisch Folge gegeben werden können. Bezüglich des auf die inneren Verhältnisse zielenden Antrags wurde bemerkt, es fehle in Bayern ein Gesamtministerium. Nach unserer Verfassung ist jeder Minister in seinem Ressort verantwortlich; durch einen Majoritätsbeschluss des Gesamtministeriums kann dem einzelnen Minister die Verantwortlichkeit nicht abgenommen werden. Die Minister müssen über die allgemeinen Prinzipien der Regierung einig sein. In diesem Sinne kann ich ausprechen, daß eine Einigkeit im Ministerium besteht; sie wurde bei der Neubildung des Gesamtministeriums erzielt. Wir hoffen beim Zusammentritt des nächsten Landtags durch die vorliegenden Vorlagen einen Ausdruck hiervon liefern zu können; es ist der feste Entschluß des Gesamtministeriums, alle Reformen, das Gesetzwesen inbegriffen, baldmöglichst zu bereiten und zur Vorlage zu bringen, über welche hier verhandelt und von den Ministern Zusicherungen gegeben worden sind. Auf den Vorwurf, daß es im Ministerium an Initiative, Energie u. s. w. fehle, erwidert Redner mit einem Wunsch: wenn Dem so ist, möge die Kammer ihr Bestes mitwirken, daß die Persönlichkeiten der Minister nicht alljährlich angegriffen und verächtlich werden. Bayern ist in einer großen Krise begriffen; es kann ihm eine große und glänzende Zukunft werden, es kann aber auch das Gegenstück der Fall sein; die Entscheidung liegt im rathlichen Zusammenwirken aller Bayern. Wenn die Zukunft sich günstig für uns gestalten soll, so muß der feste Entschluß gefaßt werden, zunächst zu Bayern zu stehen und der Unruhe zu entsagen, seine Lust in der eigenen Vertheilung und Herabwürdigung zu suchen. Gehe man hinaus und vergleiche, ob anderwärts Aehnliches geschieht. Wir haben den Entschluß, energisch die Initiative zu ergreifen; aber es wird nicht gelingen, wenn man von anderer Seite, und namentlich in unserer Presse, sich keine andere Aufgabe stellt, als unsere Zustände herabzusetzen und uns zu verkleinern. (Bravorufe.)

Abg. Umbach erhebt die Ansicht entgegen, daß Bayern auf sich selbst gestellt sei und abwarten müsse; Bayern sei für sich selbst nicht im Stande, einen Angriff des Auslandes abzuwehren; Deutschland ist es im Stande; die drohende Gefahr gilt uns; unsere Aufgabe ist, die Integrität des Landes zu wahren und um die Hilfe da zu suchen, wo sie uns geboten werden kann. Es ist Pflicht der Regierung, diesen Zeitpunkt fest aufzusuchen. Der Eintritt in den Norddeutschen Bund ist und nicht gestattet, ich behaupte das nicht so sehr, aber ein Anschluß an Preußen ist uns allerdings möglich. Er werde nicht rufen, bis ihm von der Regierung die bestimmte Zusicherung werde, daß es ihre Aufgabe ist, die Integrität Deutschlands zu wahren, die ihm über Alles gehe. (Beifall.) Ein ausgeprochenes Wille Süddeutschlands, das abgetrochene Bündnis sofort wieder anzunehmen, wird schwer wiegen in den Augen Frankreichs und Europas. Gestrichler wir hierzu mitwirken, je freierwilliger unsere Zustände sich gestalten, einen desto festern Einfluß werden wir auf die Gestaltung der Zukunft im Norden gewinnen. Der Weg zurück gehe auch über Blut und Leiden; ein Niederwerfen Preußens würde überdies niemals zur Freiheit führen.

Minister Febr. v. d. Pfordten: Ich will um der Wichtigkeit des Augenblicks willen von der üblichen diplomatischen Zurückhaltung ablassen. Darüber besteht kein Zweifel — mag das zerstückte Deutschland zu einer Einheit kommen oder nicht — wenn es gilt, das zerstückte Vaterland zu verteidigen, dann werden wir Alle einig sein; das ist der Gehante, von dem der Friedensvertrag ausging, den ich zu unterzeichnen genöthigt war. Was mir an dem Friedensvertrag schmerzhaft war, ist mir durch diesen Gedanken erlichtert worden. Deshalb nur noch folgendes aus dem hierüber gepflogenen Unterhandlungen: Der preussische Minister hatte, als ich auf seine ersten Bedingungen entgegnete, sie seien weder mit dem Recht noch mit der Billigkeit vereinbar, geantwortet: er gebe Das zu, es liege in den politischen Verhältnissen; es habe sich Niemand in Europa Bayerns angenommen. Ich erwiderte hierauf, daß Bayern eine christliche, deutsche Politik befolgt habe, Preußen möge sich dadurch aufgefordert halten, eben wie sich Niemand Bayerns angenommen habe, diesen die Hand zu reichen. Diesem Gedanken haben wir es zuzuschreiben, daß Bayern, die Grenzberichtigung abgesehen, unverletzt geblieben ist. Dieser Gedanke wird, wenn nöthig, auch ferner das bayerische und deutsche Vaterland unverletzt in seinen Grenzen erhalten.

Woch erheben sich die Abg. Dr. A. Schmid gegen und Gebert für den Barth'schen Antrag bezüglich des Anschlusses an Preußen, woraus zur speziellen Diskussion über den Gesetzentwurf übergegangen wird, bei der sich die Abg. Dr. Mayer und Fischer betheiligen, die sich gegen das Steueranlehen (Zwangsanlehen) ausgesprochen, daß vom Referenten Fuchs und vom Finanzminister im Hinblick auf den jetzt viel in Anspruch genommenen Geldmarkt befürwortet wird. Das Gesetz wurde endlich mit allen gegen eine Stimme (Dr. Kuland) angenommen; dem mobilisirten Antrag des Dr. Barth und Konsorten mit allen gegen 11, und dem zweiten Antrag bezüglich der inneren Reformen mit allen gegen 5 Stimmen beigetreten. Der Gesetzentwurf, die Emission ansehnlicher Kassenhefte betr., wurde ohne Diskussion mit allen gegen 2 Stimmen (Dr. Kuland und Fischer) angenommen. Die Sitzung dauerte über fünf Stunden; morgen werden beide Kammern zum letzten Mal zusammentreten, um sich auf etwa vier Wochen wieder zu vertagen.

München, 1. Sept. Am Schluß der gestrigen Debatte in der Kammer der Reichsräthe über den Antrag bezüglich des Anschlusses an Preußen äußerte Febr. v. d. Pfordten:

Meine hohen Herren! Ich bitte nur um die Erlaubnis, mich kurz zu äußern. Ich möchte wiederholen, was ich bei Gelegenheit dieses Antrags in der Kammer der Abgeordneten ausgesprochen, daß die bayerische Regierung immer nur deutsche Politik machen werde, sie mag nun in verfassungsmäßiger Hinsicht völlig allein auf sich und auf dem Boden der eigenen Verfassung stehen, oder mit andern deutschen Staaten zum Zweck des aufgelösten Bundes in nähere Verbindung eingetreten sein. Ob aber in dem gegenwärtigen Augenblick eine verfassungsmäßige Verbindung mit andern deutschen Staaten, und insbesondere mit Preußen und den durch dasselbe zu bildenden Norddeutschen Bund möglich sein wird, ob die Selbstständigkeit Bayerns, die zu verteidigen unser Aller Pflicht ist, und die wir im Interesse des gesammten Deutschlands verteidigen und festhalten müssen, das wage ich in diesem Augenblick nicht zu beurtheilen. Am hierüber eine Ansicht bilden zu können, muß man wissen, wie der Norddeutsche Bund sich gestaltet. Man hat zwar gesagt: gerade um auf diese Gestaltung Einfluß zu gewinnen, muß Bayern jetzt demselben beitreten. Ich kann diesem Gedanken keine Berechtigung zuerkennen. Denn eben um dem Süden keinen Einfluß auf die Gestaltung des Norddeutschen Bundes zu gestatten, will man die Theilnahme des Südens jetzt nicht. Es ist zwar in dieser Beziehung nicht direkt zwischen Preußen und Bayern verhandelt worden, und ich erlaube mir diese Erläuterung zu geben, weil einige in der Diskussion vorgekommene Aeußerungen den Verdacht erregen können, als sei der Eintritt Bayerns in den Norddeutschen Bund speziell abgelehnt worden. Bei den Verhandlungen in Berlin ist diese Frage gar nicht berührt worden. Man hat preussischer Seite nicht vorgeschlagen, in den Norddeutschen Bund einzutreten, und ich habe es für meine Pflicht erachtet, diese Frage nicht anzuregen. Aber von anderer Seite in Süddeutschland ist diese Frage angeregt und bei den Friedensverhandlungen zur Sprache gebracht worden, und da ist von Seite der preussischen Regierung bestimmt erklärt worden, daß zur Zeit der Eintritt der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund nicht angestreb sei. Unter diesen Umständen kann ich als das Praktische nur Das erklären, wie ich in der Kammer der Abgeordneten dargelegt habe, daß das bayerische Volk jetzt Vertrauen zu sich selbst fesse, und wiederholen, daß es auf dem festen und sichern Boden seiner Verfassung die inneren Zustände geistlich entwickle, daß es dabei niemals vergeße, daß es ein deutsches Land und ein deutsches Volk ist, und wenn Deutschland seine Mitwirkung braucht, immer bereit sich hält, dieselbe zu gewähren. Ich möchte diesem Gedanken in einem Bild Ausdruck geben aus einem unserer Dichter: „Wenn die Blume selbst sich schmückt, schmückt sie auch den Garten.“

München, 1. Sept. (A. B.) Graf v. Bray ist heute nach Berlin abgereist, um als Bevollmächtigter Bayerns die Auswechslung der Ratifikationen des Friedensvertrags zu vollziehen. Ebenfalls heute sind von hier und gleichzeitig von der königl. Bank in Nürnberg sehr bedeutende Silbergeldsendungen nach Berlin abgegangen, wo bekanntlich bei der Auswechslung des Friedensvertrags 10 Mill. Gulden zu erlegen sind.

München, 3. Sept. (W. L. B.) Heute werden in Berlin die Ratifikationen des Friedensvertrages ausgewechselt. Der Prinz Karl ist vergangene Nacht mit dem Hauptquartier zurückgekehrt. Die Aufhebung der mobilis. Armee hat alsbald zu erfolgen.

Nürnberg, 31. Aug. Heute Nachmittag wurde folgende, an die Bewohner von Franken gerichtete Proklamation angeschlagen:

Das unter meinem Befehl stehende königl. preussische zweite Reservecorps verläßt jetzt, nach Herstellung des Friedens, das königl. bayerische Gebiet. Ich spreche es gern öffentlich aus, daß sowohl die königl. bayerischen Behörden, als die Einwohner überall gewußt haben, die Treue gegen ihren König mit dem weiten Truppen schuldigen Rücksichten in Einklang zu bringen. Möge das freundliche Erkennen echt deutschen Wesens bei allen Stammesgenossen aus Nord und Süd, die sich hier begegnen, ein dauerndes Band gegenseitiger Achtung und Eintracht begründet haben! Das ist unser Aller Abschiedsgruß! — Hauptquartier Nürnberg, 30. August 1866. Der kommandirende General Friedrich Franz, Großherzog von Mecklenburg.

Nächste Woche beginnen die Ertragszüge, welche von den in Böhmen stehenden preussischen Truppen 60,000 Mann von Pilsen nach dem Rhein in ihre Garnisonen bringen.

Mainz, 1. Sept. (Fr. J.) Seit dem Einzug der preussischen Truppen findet der ganze geschäftliche Verkehr zwischen dem Festungsgouvernement und dem Stadtvorstande fortwährend in direkter Weise mit Umgehung des großh. hessischen Territorialkommissärs, Geh. Rath Schmitt, statt. Eine bemerkenswerthe Thatsache dürfte auch darin erkannt werden, daß die frühere, vor dem Amtsgebäude des großh. Territorialkommissärs aufgestellte Ehrenwache von der Festungsbehörde nicht mehr besetzt wird.

Koblenz, 31. Aug. (Fr. J.) Nach einer hier eingetroffenen allerhöchsten Kabinettsordre vom 27. d. sollen sämtliche Truppenteile, welche zum ersten und zweiten Aufgebot gehören und auf dem Marsche aus Böhmen und Mähren begriffen sind, per Bahnen an die betreffenden Depots und Zeughäuser gesandt und nach dem 4. Sept. der Reichs-

folge nach entlassen werden; ausgeschlossen hievon sind einstellende die zur Main-Armee gehörigen Truppen, welche jedoch durch jüngere Truppen auch nach und nach abgelöst werden.

Berlin, 31. Aug. Die offizielle „Prov.-Corr.“ schreibt: Wie wir hören, sind von französischer Seite viele Pferdeankäufe veranlaßt worden; auch sollen von der kaiserl. Regierung Gewehrverkäufe in den Vereinigten Staaten angeordnet sein. Nichtsdestoweniger glauben wir in keiner Weise, daß Frankreich gegen Preußen rüstet; — nicht bloß um deswegen nicht, weil der Einfluß mit dem möglichen Gewinn nicht im Verhältnis stehen würde, sondern weil Frankreich gegenwärtig viel dringendere Veranlassung hat, seine Augen nach anderen Punkten zu richten.

Diesigen Blättern zufolge kehrt Prinz Friedrich Karl, welcher in den letzten Tagen in Leipzig und Dresden verweilt, morgen nach Berlin zurück. Die Großfürstin Marie von Rußland, Herzogin von Leuchtenberg, trifft morgen früh auf der Reise nach Karlsruhe zc. von St. Petersburg hier ein. — Graf Bismarck hatte heute Unterredungen mit dem früheren kurhessischen Minister v. Baumbach und dem Prinzen Nikolaus von Nassau, und Abends fand im auswärtigen Amt eine mehrstündige Konferenz mit den hessischen Friedensvollmächtigten, Minister v. Dalwigk und dem Geh. Legationsrath Hoffmann, statt. — Gestern sind hier Briefe von dem preussischen Kriegsschiff „Vinceta“, d. d. Balparaiso, den 14. Juli, eingegangen, welche die verschiedensten Meldungen und Berichterstattungen, aber nichts von einem Zusammentreffen mit der Korvette „Danbolo“ bringen. Somit ist es unzweifelhaft konstatiert, daß die damalige Depesche aus Triest, welche ein für „Danbolo“ siegreiches Gefecht mit der „Vinceta“ meldete, erdichtet war. — Der „Staats-Anzeiger“ enthält im amtlichen Theil folgende Bekanntmachung des Kriegsministeriums: „Mehrere Zeitungen bringen die Mittheilung, es sei befohlen worden, die brauchbaren Mannschaften der allgemeinen Ersatzerbe von 1835 bis 1843 auszuexerciren und sodann wieder zu entlassen. Ein derartiger Befehl ist nicht ergangen, was hierdurch im Interesse der Belhelligten bekannt gemacht wird.“

Berlin, 1. Sept. Verhandlungen des Abgeordnetenhauses vom 1. Sept.

Am Ministertisch befinden sich die H. v. d. Heydt, v. Roon, Schöner, Müllers und Wollny. Vor der Tagesordnung überreicht der Kriegsminister v. Roon einen Gesekentwurf, betreffend die Pensionirung für die im Krieg invalide gewordenen, wie überhaupt im aktiven Militärdienst verwundeten, bezw. erblindeten Linien- und Landwehr-Offiziere und oberen Militärbeamten; ferner betreffend die Unterstützung der Wittwen und Kinder der im Krieg gebliebenen Militärpersonen desselben Ranges. Der Kriegsminister sagt hinzu: Durch diesen Zusatz werde eine Lücke ausgefüllt, die noch übrig geblieben sei, nachdem die Landesvertretung im vorigen Jahre für die Mannschaften vom Feldwebel abwärts gesorgt habe. „Es drängt mich, den Gesekentwurf mit besonders warmen Worten zu empfehlen. In Erwägung, daß das Bedürfnis meines Herzens den lebhaftesten Widerhall im Land und bei seiner Vertretung findet (Bravo!), kann ich mich davon entbinden.“ Die Vorlage wird einer Kommission von 14 Mitgliedern zugewiesen, die Montag gewählt werden soll.

Abg. v. Bonin erklärt, daß er diese Vorlage freudig begrüße und die in dieser Beziehung von ihm beabsichtigte Interpellation jetzt zurückziehe.

Auf der Tagesordnung steht zuerst die Vereidigung einiger vierzig Mitglieder, und diese erfolgt in üblicher Weise. Darauf wird in die Beratung der Indemnitätsvorlage eingetreten. Berichtserstatter ist der Abg. Twesten. Zum Wort melden sich acht gegen zehn für die Genehmigung.

Vor Eintritt in die allgemeine Diskussion spricht der Minister v. d. Heydt: Ich darf es als dankenswerthe Erscheinung bezeichnen, daß die Kommission die Regierungsvorlage in solchem Geiste aufgenommen hat. Die Kommission hat im wohlwolligen Interesse des Landes und dem Wunsch des Landes entsprechend den unerschütterlichen Standpunkt der Regierung verlassen, um im Einvernehmen mit der Regierung auf dem Boden des wahrhaften Fortschritts ihre volle Thätigkeit den großen Aufgaben der Gegenwart zuzuwenden. Möchte dieselbe Gesinnung auf die Plenardebatten des Hauses den entscheidenden Einfluß üben. Es wird das Ergebnis vom ganzen Land mit Freuden begrüßt und dauernder Segen geschaffen werden. Man wird der Vergangenheit nur gedenken, daraus die Lehre zu ziehen, so weit möglich zukünftig solchen Verwicklungen vorzubeugen. Schließlich wiederholt der Minister, die Regierung empfehle die Annahme des Kommissionsentwurfes.

Die Minister v. Müllers, Graf Ippolit, Graf zur Lippe und Graf Eulenburg treten ein.

Abg. Waldeck erhält das Wort gegen die Indemnität. Mit pflichtmäßigster Sorgfalt alle Gründe der Kommission erwägend, könne er sich nicht entschließen, dem Gesekentwurf zuzustimmen; die budgetären Zustände der Jahre, nachdem das Abgeordnetenhaus das Budget mit größter Aufmerksamkeit geprüft habe und keinen Schritt von seiner Pflicht abgewichen sei. Das Land werde nicht in einen verfassungsmäßigen Zustand hineinkommen, wenn das Haus die Vorlage annähme. Würde dadurch etwa ein Budget geschaffen? Es seien nicht die geringsten Gründe vorhanden, schon jetzt eine Indemnität zu ertheilen, wo noch kein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz bestünde. Bei Prüfung des Budgets für 1867 werde es des Hauses Pflicht sein, in die Prüfung der Militärfrage wieder einzutreten; denn die Thronrede kündige eine, durch Erweiterungen des Staatsgebietes herbeizuführende Erleichterung der Militärlast an. Man müsse die Landwehr als Volksgewehr stärken und herstellen. Das Haus dürfe nicht zugeben, daß die Verhältnisse des Heeres von absolutem Standpunkt festgesetzt werden. Das Volk habe keinen Theil an dem beendeten Krieg; die Regierung habe denselben glücklich durchgeführt, aber permanent wolle er nicht, daß der Regen als das Organ betrachtet werde, das dazu bestimmt sei, Deutschland zu einigen. Die Gründe der Kommission seien unbedeutend. Das Land frage nach dem Verfassungstreit und nach dem Budgetstreit. Die Siegesbegeisterung dürfe die Verfassungskämpfe nicht in Vergessenheit bringen. Kein Schein, wenn man die neue Katastrophe wolle.

Frhr. v. Vincke-Oberdorff sagt, er wolle nicht die Gründe des Beredners widerlegen, müsse aber der Aeußerung entgegen treten, daß mit der Annahme des Gesekentwurfes die Kämpfe für die Verfassung verläugnet würden. Die Regierung habe einen großen Staats-

zweck erfüllen wollen und auch erfüllt; deshalb stimme er für die Vorlage. Preußens siegreicher König, der die Gewalt habe, die Verfassung zu ändern, habe ungezwungen vom Thron erklärt, daß er das Volkrecht anerkenne; das sei Bürgschaft, daß in Preußen die Verfassung feststehe.

Graf Bismarck tritt in den Saal.

Abg. Gneiß: Man sage, daß die gefährvolle Lage des Staates, welche der Krieg beendete, durch die Schuld des Ministeriums herbeigeführt sei; eben so wahr sei aber, daß diese Lage jeden Kraftaufwand rechtfertigte. Er glaube sogar, wenn solche Gefahr und solcher Erfolg wiederkehrten, würde das Land zum zweiten Male den Kredit bewilligen. Anders verhalte es sich mit der Bewilligung der Indemnität. Solches sei nur bei einem Minister-Verantwortlichkeitsgesetze möglich. Die Budgetkommission beschäftige sich mit den Heilmitteln, ohne den Krankheitszustand ins Auge zu fassen. Redner erklärt, ohne Vorlage des Minister-Verantwortlichkeitsgesetzes für die Vorlage nicht stimmen zu können.

Abg. Michaelis: Es sei ihm peinlich, seine Argumente auch gegen Parteifreunde richten zu müssen. Er wolle dieselben Ziele, nur über die Wege seien die Ansichten verschieden. Redner erklärt, für die Vorlage aus Zweckmäßigkeitsgründen zu stimmen.

Abg. Wagener: Die Beredner und ihre Freunde würden anders gesprochen haben, wenn Oesterreich siegt hätte. Er und seine Freunde stimmten für den Kommissionsantrag, ohne den Motiven beizutreten.

Abg. Sartorius gegen die Vorlage, dem auch der Abg. Löwe sich anschließt.

Abg. Michaelis: Man müsse dem Ausland die Ansicht nehmen, als könne es jemals auf andere Bewürfnisse rechnen.

Abg. Birchow will Indemnität erst nach gesetzlichem Zustandekommen des Budgets bewilligen; dagegen ist er für Bewilligung des verlangten Kredites.

Hierauf nimmt der Ministerpräsident Graf Bismarck das Wort. Je aufrichtiger die Regierung den Frieden wünscht, um so mehr fühlen ihre Mitglieder die Verpflichtung, sich jedes Eingehens auf respektive Kritik zu enthalten, sei es Abwehr, seien es Angriffe. Wir haben in den letzten vier Jahren unseren Standpunkt von beiden Seiten häufig mit mehr oder weniger Bitterkeit vertreten; keiner hat es in den vier Jahren vermocht, den Andern zu überzeugen; Jeder hat geglaubt recht zu handeln, wenn er so handelte, wie er es that. Ein Friedensschluß würde auch in den auswärtigen Verhältnissen schwerlich jemals zu Stande kommen, wenn man verlangte, daß ihm von einem von beiden Theilen vorgegeben sollte das Zeichen: „Ich sehe es jetzt ein, ich habe Unrecht gehandelt!“ — Wir wünschen den Frieden nicht, weil wir kampfunfähig sind in diesem innern Kampfe, im Gegentheil, die Fluth fließt in diesem Augenblick mehr zu unsern Gunsten als vor Jahren; wir wünschen ihn auch nicht, um einer etwaigen künftigen Anlage auf Grund eines künftigen Verantwortlichkeitsgesetzes zu entgehen; ich glaube nicht, daß man uns anklagen wird; ich glaube nicht, daß, wenn es geschieht, man uns verurtheilen wird, und, wie Dem auch sein möge, man hat dem Ministerium viele Vorwürfe gemacht, den der Fürchtbarkeit noch nicht. (Gitterkeit.) Wir wünschen den Frieden, weil unserer Meinung nach das Vaterland ihn im gegenwärtigen Augenblick im höheren Grade bedarf als früher; wir wünschen ihn und suchen ihn namentlich deshalb, weil wir glauben, ihn im gegenwärtigen Moment zu finden; wir hätten ihn früher gesucht, wenn wir früher hätten hoffen können, ihn zu finden; wir glauben ihn zu finden, weil Sie erkannt haben werden, daß die königl. Regierung den Aufgaben, welche auch Sie in Ihrer Mehrheit erheben, nicht so fern steht, wie Sie vielleicht vor Jahren gedacht haben, nicht so fern steht wie das Schweigen der Regierung über Manches, was verschwiegen werden mußte, Sie zu glauben berechtigten könnte. Aus diesem Grund glauben wir den Frieden zu finden, und suchen ihn eheilig. Wir haben Ihnen die Hände dazu geboten und der Kommissionsvortrag gibt uns die Bürgschaft, daß Sie in diese Hand einschlagen werden. Wir werden dann die Aufgaben, die uns zu lösen bleiben, mit Ihnen in Gemeinschaft lösen; ich schreibe von diesen Aufgaben Verbesserung der innern Verwaltung, Herstellung der regelmäßigen Verfassungszustände keineswegs aus. Aber nur gemeinsam werden wir sie lösen können, indem wir von beiden Seiten erkennen, daß wir von beiden Seiten demselben Vaterland mit demselben guten Willen dienen, ohne an der Aufrichtigkeit des Andern zu zweifeln. In diesem Augenblick sind aber die Aufgaben der auswärtigen Politik noch ungelöst, die glänzenden Erfolge der Armee haben nur unsern Einfluß ins Spiel gewissermaßen erhöht, wir haben mehr zu verlieren als vorher, aber gewonnen ist das Spiel noch nicht. Aber je fester wir im Innern zusammenhalten, desto sicherer sind wir, es zu gewinnen in diesem Augenblick. Wenn Sie sich im Ausland umsehen, wenn Sie die Wiener Zeitungen durchgehen, und zwar diejenigen, von denen bekannt ist, daß Sie die Meinungen der kaiserlichen Regierung vertreten, so werden Sie diejenigen Aeußerungen des Hasses und der Aufregung gegen Preußen finden, die auch vorher vorhanden gewesen waren und die nicht wenig dazu beigetragen haben, den Krieg für die kaiserl. Regierung zur Nothwendigkeit zu machen, von der die Regierung nicht zurücktreten konnte, wenn sie auch wollte. Sehen Sie auf das Verhalten der Wölfer in Süddeutschland, wie sie sich in den Armeen verhalten finden, da ist der Grad von Verhöhnlichkeit und von Erkenntnis einer gemeinsamen Aufgabe des gesammten Deutschlands gewiß nicht vorhanden, so lange bayrische Truppen aus den Eisenbahnwagen meuchlings auf preussische Offiziere schießen. Sehen Sie sich die Haltung der einzelnen Regierungen gegenüber den zu bildenden Einrichtungen an; sie ist bei einigen vollständig befriedigend, bei anderen widerstrebend; gewiß aber ist, daß in Europa Sie kaum eine Nacht finden werden, welche die Konstituierung dieses neuen, deutschen Gesamtvolkes in wohlwollender Weise förderte, welche nicht das Bedürfnis hätte, in ihrer Weise sich an dieser Konstituierung zu beteiligen, sei es auch nur, um einem der mächtigeren Bundesgenossen, wie Sachsen, die Möglichkeit nicht zu verkümmern, dieselbe Rolle noch einmal spielen zu können wie bisher. Deshalb, meine Herren, ist unsere Aufgabe noch nicht gelöst, sie erfordert die Einigkeit des gesammten Landes, der That nach und dem Glauben nach das Land nach. Wenn man oft gesagt hat, was das Schwert gewonnen hat, hat die Feder verlohren, so habe ich das volle Vertrauen, daß wir nicht hören werden: was Schwert und Feder gewonnen haben, ist von dieser Tribüne vernichtet. (Lebhaftes Bravo.)

Es folgen jetzt noch persönliche Bemerkungen von verschiedener Seite, worauf die Verhandlung auf nächsten Montag vertagt wird.

Berlin, 2. Sept. Der „Staats-Anz.“ schreibt: Nach Mittheilung aus Koblenz wird F. Maj. die Königin wahrscheinlich im Lauf der nächsten Woche zum Besuch bei

F. K. H. dem Großherzog und der Großherzogin von Baden einige Tage im Schloß Eberstein bei Gernsbach verweilen und sich dann später von dort nach Baden zur Fortsetzung der gewohnten Baderkur begeben, jedenfalls dieselbe aber zum Einzug der Truppen in Berlin unterbrechen. — Graf v. der Goltz ist aus Paris hier eingetroffen.

Oesterreichische Monarchie.

Prag, 31. Aug. (Presse.) Der Abmarsch der Preußen beginnt am 5. Sept. in großen Dimensionen.

Wien, 2. Sept. (W. L. Z.) Die heutigen Morgenblätter melden übereinstimmend, Graf v. Mensdorff bleibt, von einer Ersetzung durch den Baron Hübler, ist nicht mehr die Rede.

Agram, 31. Aug. Im Agramer und Kreuzer Komitat wurde für das Verbrechen des Raubes das Standrecht publiziert.

Donaufürstenthümer.

Jassy, 29. Aug. Fürst Karl hat heute unter großem Jubel der Bevölkerung hier seinen Einzug gehalten, nachdem er von der Geistlichkeit und dem Magistrat vor der Barriere der Stadt empfangen worden war. In der Stadt herrscht die freudigste Aufregung. Der Fürst wird bis Montag hier bleiben und dann die Rückreise nach Bukarest antreten.

Italien.

* **Florenz, 31. Aug.** Die Zeitungen melden, daß das Ministerium Anordnungen zur sofortigen Armeeerduktion nach dem Friedensschluß trifft. Der französische General Leboucq ist in Padua angekommen. Eine Wiener Depesche zeigt an, daß der Kaiser von Oesterreich gestern den General Menabrea empfangen hat.

Frankreich.

* **Paris, 1. Sept.** Der „Moniteur“ bringt heute folgende Mittheilung: „Indem der Kaiser die Abtretung von Venetien annahm, wurde er von dem Wunsche geleitet, zur Beseitigung einer der Hauptursachen des letzten Krieges und zur beschleunigten Einstellung der Feindseligkeiten beizutragen. Sobald die Unterzeichnung eines Waffenstillstandes in Italien beschlossen war, bemühte sich die Regierung Sr. Maj., den Friedensschluß zwischen dem Wiener und dem Florentiner Kabinett anzubahnen. Es war nöthig, vorher die Sr. Maj. von dem Kaiser Franz Joseph gemachte Abtretung zu regeln. Zu diesem Zweck wurde am 24. d. M. zwischen Frankreich und Oesterreich ein Vertrag unterzeichnet, dessen Ratifikationen heute (den 31. Aug.) in Wien ausgetauscht worden sind. Kraft dieses Vertrags wird durch einen österreichischen Kommissar die Uebergabe der Festungen und des Gebietes des lombardisch-venezianischen Königreichs in die Hände des französischen Kommissars bemerkt werden, der sich bereits in Venedig befindet. Der französische Abgesandte wird sich hierauf mit den venezianischen Behörden in Benehmen setzen, um ihnen die erhaltenen Befehle zu übertragen, und die Bevölkerungen werden aufgefordert werden, selber über das Schicksal ihres Landes zu entscheiden. Unter diesem Vorbehalt hat der Kaiser kein Bedenken getragen, schon am 29. Juli zu erklären, daß er in die Vereinigung der von Oesterreich abgetretenen Provinzen mit dem Königreich Italien einwillige.“ Der Kaiser hat seine Absichten Sr. Maj. dem König Victor Emanuel in einem Schreiben vom 11. Aug. gemeldet, das wir bereits mitgetheilt haben.

Wie die „Patrie“ erinnert, hätte der französische Aviso „Avois“ am 1. Aug. drei Meilen von der Mündung des Rio Grande einen in Neu-York ausgerüsteten Handelskutter, der Waffen für Escobedo an Bord hatte, weggenommen. Der Kommandant des amerikanischen Schiffes hätte bei seinem Konjunktbesuch erheben, wäre aber von diesem abgewiesen worden. — Nach der „Patrie“ geht ein Aviso „le Renard“ von Hochefort nach der Insel Candia ab, um sich in Anbetracht der gegenwärtigen Lage dem dortigen französischen Konjunktbesuch zu stellen. Der Aviso „le Bouver“ ist nach Vera-Cruz abgegangen. — Rente 70, Cred. mob. 672.50, ital. Anl. 55.55.

* **Paris, 2. Sept.** Der „Moniteur“ enthält verschiedene Dekrete, welche sich auf den Portefeuillewechsel im Departement der auswärtigen Angelegenheiten beziehen. Der Kaiser ernannt an der Stelle des Hrn. Drouin de Lhuys, dessen Demission er genehmigt, den Marquis v. Moustier, Gesandten in Konstantinopel, zum Minister des Auswärtigen. Hr. Drouin de Lhuys wird Minister des kais. Geheimraths. Da Marq. v. Moustier derweilen sich noch auf seinem Posten in Konstantinopel befindet, so ist der Minister des Innern, Marquis v. Lavalette, mit der interimistischen Führung der auswärtigen Angelegenheiten beauftragt. — Hr. Benedetti, französischer Botschafter am preussischen Hofe, erhält das Großkreuz der Ehrenlegion.

Der „Moniteur“ veröffentlicht nachstehendes Schreiben, welches der Kaiser an Hrn. Drouin de Lhuys gerichtet hat.

St. Cloud, den 1. Sept.

Mein lieber Hr. Drouin de Lhuys! Ich beehre mich lebhaft, daß die Umstände mich nöthigen, Ihre Demission anzunehmen, aber indem ich auf Ihre Mitwirkung verzichte, möchte ich Ihnen durch Ihre Ernennung zum Mitglied des Geheimraths einen Beweis meiner Hochachtung geben. Diese neue Stellung hat den Vortheil, die Beziehungen nicht abzubrechen, die mir durch Ihre hohe Einsicht und Ihre Anhänglichkeit an meine Person und meine Dynastie so werthvoll geworden sind. Genehmigen Sie die Versicherung meiner aufrichtigen Freundschaft. — Napoleon.

Der „Moniteur“ meldet ferner, daß der Kaiser gestern, 1. Sept., zu Fuß und zu Wagen eine lange Promenade im Boulogner Holz gemacht hat. Die Kaiserin und der Kaiserl. Prinz sind gestern Morgen 9 Uhr von St. Cloud abgereist und um 9 Uhr Abends in Bordeaux eingetroffen, von wo sie nach einem Aufenthalt von 10 Minuten ihre Fahrt fortgesetzt haben. — Der „Constitutionnel“ konstatiert und belegt es durch verschiedene Zitate, daß die deutschen und italienischen Blätter eine friedliche Sprache führen.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 2. Sept. Nach einem Telegramm des „Invaliden“ vom 21. August entsendeten die Russen...

Friedensvertrag zwischen Preußen und Oesterreich vom 23. August 1866.

(Nach dem „Preuß. Staatsanzeiger“.)

I.

Im Namen der Allerheiligsten und Untheilbaren Dreieinigkeits.

Se. Maj. der König von Preußen und Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich, befehlend von dem Wunsche, Ihren Vätern die Wohlthaten des Friedens wiederzugeben...

Art. I. Es soll in Zukunft und für beständig Friede und Freundschaft zwischen Sr. Maj. dem König von Preußen und Sr. Maj. dem Kaiser von Oesterreich...

Art. II. Befehl Ausführung des Art. VI der in Nikolsburg am 26. Juli d. J. abgeschlossenen Friedenspräliminarien...

Art. III. Die Kriegsgefangenen werden beiderseits sofort freigegeben werden.

Art. IV. Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich erkennt die Auflösung des bisherigen Deutschen Bundes an und gibt Seine Zustimmung zu einer neuen Gestaltung Deutschlands...

Art. V. Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich überträgt auf Se. Maj. den König von Preußen alle Seine im Wiener Frieden vom 30. Okt. 1864 erworbenen Rechte...

Art. VI. Auf den Wunsch Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich erklärt Se. Maj. der König von Preußen sich bereit, bei den bevorstehenden Veränderungen in Deutschland den gegenwärtigen Territorialbestand des Königreichs Sachsen...

Art. VII. Befehl Auseinandersetzung über das bisherige Bundesvermögen wird binnen längstens sechs Wochen nach Ratifikation des gegenwärtigen Vertrags...

Art. VIII. Oesterreich bleibt berechtigt, aus den Bundesbeschlüssen das kaiserliche Eigentum und von dem beweglichen Bundesvermögen den matrükulmäßigen Anteil Oesterreichs fortzuführen...

Art. IX. Den etatsmäßigen Beamten, Dienern und Pensionisten des Bundes werden die ihnen gebührenden, beziehungsweise bereits bewilligten Pensionen pro rata der Matrükel zugesichert...

Art. X. Der Bezug der von der kais. österreichischen Staatshalterschaft in Holstein zugesicherten Pensionen bleibt den Interessenten bewilligt. Die noch im Gewahrsam der kais. österreichischen Regierung befindliche Summe von 449,500 Thlrn. dänischer Reichsmünze...

seines politischen Verhaltens während der letzten Ereignisse und des Krieges verfasst, beantragt oder in seiner Person oder seinem Eigentume beanstandet werden.

Art. XI. Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich verpflichtet sich, behufs Deckung eines Theiles der für Preußen aus dem Kriege erwachsenen Kosten, an Se. Maj. den König von Preußen die Summe von 40 Millionen preussischer Thaler zu zahlen.

Art. XII. Die Räumung der von der kais. preussischen Truppen besetzten österreichischen Territorien wird innerhalb drei Wochen nach dem Austausch der Ratifikationen des Friedensvertrages vollzogen sein.

Art. XIII. Alle zwischen den hohen vertragsschließenden Theilen vor dem Kriege abgeschlossenen Verträge und Uebereinkünfte werden, in so fern dieselben nicht ihrer Natur nach durch die Auflösung des deutschen Bundesverhältnisses ihre Wirkung verlieren müssen...

Art. XIV. Die Ratifikationen des gegenwärtigen Vertrages sollen zu Prag binnen einer Frist von acht Tagen oder, wenn möglich, früher ausgehändigt werden. Urkund dessen haben die betreffenden Bevollmächtigten gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet...

So geschehen in Prag am 23. Tage des Monats August im Jahre des Heils Tausend Hundert sechsundsechzig und sechs.

(L. S.) gez. Werther. (L. S.) gez. Brenner.

Baden.

Mannheim, 1. Sept. (N. B. L.-Blg.) Heute hat die Enthüllungseier des Dalberg-Denkmal's stattgefunden. Dieselbe wurde durch den Zug der Festtheilnehmer, an deren Spitze die kurz zuvor erst eingerückte Dragonermusik sich befand...

Der Bevollmächtigte Sr. Maj. des Königs, Hr. Generalleutnant und Hofmarschall Frhr. v. La Roche, nahm nun das Wort, um der schönen Stadt an Rhein, um den Benennern Mannheims den Gruß seines königlichen Herrn entgegenzubringen. Da Se. Maj. der König vor zwei Jahren auf dem Platz, der die Auszeichnung genießt, Schiller's Standbild und dessen Namen zu tragen, dem Mitbegründer des deutschen Schauspiels in der Glanzperiode des hiesigen Hoftheaters, dem Schauspieler und Dichter Iffland, ein Denkmal hier habe errichten lassen...

Mit dem Fallen der Hülle erscholl ein mächtiger Jubelruf, untermischt mit Musikstößen und Geschüßesdonner. Hierauf verlas Hr. Hofmarschall v. La Roche die königl. Sitzungsurkunde, welche bezeugt, daß Se. Maj. König Ludwig I. von Bayern in dankbarer Erinnerung an die froh hier verlebte Jugendzeit dieses Denkmal der Stadt Mannheim zu ewigem Eigentum übergibt...

Hr. Oberbürgermeister Achenbach schloß in seiner Dankrede an die Lage an, in welcher die Stadt Mannheim dem Dichter Friedrich Schiller, den sie, obwohl der Gammation angehörend, in gewissem Sinne den Ihrigen nennen könne, hier ein Denkmal errichtet, sowie an die Feyer, welche zu Ehren der Enthüllung des Denkmal's, das die königl. Huld dem berühmtesten Mitglied der ersten deutschen Schauspielergesellschaft, dem Dichter Iffland, hier errichtet habe, um in der

jetzt erfolgten Uebergabe des Dalberg-Denkmal's die bedeutungsvolle Krönung einer Zeit zu begründen, welche in goldenen Tagen in der deutschen Kunstgeschichte lebe. Die nähere Würdigung dieser Zeit der hiesigen Kunstamtsalt und ihren bewährten Kräften im weiteren Verlauf des Tages überlassend, übt er in freudiger Erhabenheit die hehre Pflicht der Dankbarkeit gegen den königl. Stifter auch dieses Denkmal's, dem er, in warmer Würdigung seiner Verdienste um die deutsche Kunst und Wissenschaft, ein dreifaches Lebewohl bringt...

Das „Walhalla-Lied“ von Stung, vorgetragen durch die Gesangsvereine, schloß die Feyer. Unter Borantritt der Musik setzte sich der Festzug, vor dem zusehenden König die Fahnen schwenkend und schallende Hofs rufend, wieder in Bewegung nach dem Portal des Hoftheaters, wo er sich auflöste.

Mannheim, 2. Sept. (N. B. L.-Blg.) Heute ist das 1. Jägerbataillon, das künftig hier Garnison behalten wird, dahier eingezogen. Dasselbe wurde an der Grenze des Stadtgebiets von Seiten der Gemeindebehörde und der Feuerwehr begrüßt. Der Führer der Truppen, Hr. Oberleutnant v. Renz, dankte für die dem Bataillon erwiesene Aufmerksamkeit, worauf das Bataillon seinen Einzug in die auch heute besagte Stadt hielt. Eine zahlreiche Menge der Bevölkerung gab ihm das Geleit, und die reichen Blumenpfeifen an Offiziere und Soldaten mochten denselben Zeugnis der freundlichen Gesinnung sein, die ihnen von Seiten der Bevölkerung bewahrt wurde. Am Zeughausplatz konnte das Bataillon kaum durch die große Menschenmenge hindurchkommen und Aufstellung nehmen. Hier dankte Hr. Oberleutnant v. Renz in einer kurzen Ansprache an die Truppen für den freundlichen Empfang und brachte ein Hoch der Stadt Mannheim, in welches die Mannschaft lebhaft und freudig einstimmt.

Heute sind Hr. Leutnant v. Schilling und einige Dragoner, die in preussische Gefangenschaft gerathen waren, hier beim Regiment wieder eingetroffen.

Vermischte Nachrichten.

Stuttgart, 2. Sept. (N. D. B.) Im Lauf des gestrigen Nachmittags sind die Anlehenverhandlungen mit dem Haus N. v. Rothschild u. Söhne zum Abschluß gelangt. Das gedachte Haus hat die ganze Summe von 14 Mill. Gulden 4 1/2 Proz. Obligationen fest übernommen. Ueber den Kurs, zu welchem die Uebernahme erfolgt ist, haben wir noch nichts Zuverlässiges erfahren.

Wiesbaden, 1. Sept. (Fr. Z.) So eben erscheint folgende Bekanntmachung: Nachdem in diesen Tagen wiederholt lärmende Auftritte und Aufhebungen durch Zusammenrotten auf den Straßen stattgefunden, wird hiemit bekannt gemacht, daß Diejenigen, welche bei solchen Gelegenheiten nicht an sie ergangenen polizeilichen Aufforderung, sich zu entfernen, nicht sofort ernstlich Folge leisten, Geldstrafe bis zu 3 fl. oder entsprechende Arreststrafe, nach Befund auch Ausweisung aus hiesiger Stadt zu erwarten haben. Wiesbaden, den 31. August 1866. Herzogl. Polizeidirektion. v. Köpfer.

Kassel, 30. Aug. (Hess. Morz.-Blg.) Gestern Abend durchzogen vier kurhessische Soldaten, ihre Mädchen am Arm, in einer Reihe mehrere belebte Straßen der Altstadt, begleitet von einer meist aus Handwerkslehrlingen und Knaben bestehenden Menschenmenge, welche die Hessen fortwährend hoch leben ließ. Auf dem Friedrichsplatz kam es aus diesem Anlaß zu Thätlichkeiten zwischen Zivilisten und preussischen Soldaten.

Karlsruhe, 2. Sept. Assistenzarzt Buisson aus Schönau bei Heidelberg, welcher eine Sendung von Lazarethputzmitteln für Verwandte nach Wien im Auftrag des Zentralkomitees des badischen Frauenvereins begleitet hat, übergab demselben als Geschenk zwei Formschienen für verwundete Extremitäten, und zwei solche für obere Extremitäten; ferner 4 Glasläde aus sogenanntem Pergamentpapier.

Diese Gegenstände, dergleichen in den Wiener Kriegsspitälern vielfach angewendet zu werden pflegen, sind vom Zentralkomitee des badischen Frauenvereins in der Landes-Gewerbballe nebst einem von Fischer & Komp. in Heidelberg bezogenen sogenannten Wasserzuberger zur Ansicht ausgestellt.

Wien, 1. Sept. Bei der heute stattgehabten Serienzählung der österreichischen 100-fl. Loose von 1864 wurden folgende 10 Serien à 100 Stück Loose gezogen: Serie 1104, 1129, 1230, 1333, 1867, 2356 (7), 2427, 2917, 3424, 3991, und fielen bei der alsobald vorgenommenen Gewinnziehung auf folgende Nummern die beigelegten Prämien: Serie 1129 Nr. 77 200,000 fl., Serie 1104 Nr. 35 50,000 fl., Serie 2346 (7) Nr. 15 15,000 fl., Serie 2427 Nr. 12 10,000 fl., Serie 3991 Nr. 62 und Nr. 93 je 5000 fl., Serie 3424 Nr. 34, Serie 2427 Nr. 65 und Serie 1230 Nr. 76 je 2000 fl. Von der ältern Staatsschuld wurde Nr. 416 gezogen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

Table with columns: 1. Sept, 2. Sept, Barometer, Thermometer, Wind, Himmel, Witterung. Data for Karlsruhe weather observations.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 4. Sept. 3. Quartal. 88. Abonnementsvorstellung. Zehn Minuten Aufenthalt; Schwank in 1 Akt, von Otto Devrient. Hierauf: Der beste Ton; Lustspiel in 4 Akten, von Dr. Köpfer. „Oberjägermeister“ — Hr. Höcker vom herzogl. Hoftheater in Weiningen als Eintrittsrolle.

